

**FDP**  
Die Liberalen

78. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Zürich

# ZÜRCHER FREISINN

Wir machen Zürich stark!

QR-Code mit der  
TWINT App scannen  
✓ Betrag und Zahlung  
bestätigen



Jetzt mit TWINT,  
Kreditkarte oder auf  
Rechnung spenden

## EDITORIAL

### EU-Verträge und brisante Abstimmungen

von Filippo Leutenegger

Seite 3

## PRO UND KONTRA

### Zwei Meinungen zur SRG-Halbierungsinitiative

mit Lea Sonderegger und Regine Sauter

Seite 8

## ABSTIMMUNGEN UND INITIATIVEN

Mobilisieren, mobilisieren,  
mobilisieren – für unsere  
Initiativen sowie im  
Abstimmungskampf!

Seite 4 bis 13



Die Delegierten der FDP Schweiz haben die Vernehmlassungsantwort zu den EU-Verträgen festgelegt. Das Ständemehr wurde knapp abgelehnt – trotz anderer Empfehlung der Parteileitung. Bereits vor der Türe stehen folgenreichere Abstimmungen am 30. November. National wäre eine Annahme der Erbschaftssteuer-Initiative der Juso eine Katastrophe. Kantonal kämpfen wir für ein Nein zur Vorkaufsrechtsinitiative des Staates und für ein Ja zum Gegenvorschlag, für die Mobilitätsinitiative und für ein Nein zur Ausweitung der individuellen Prämienverbilligung.

Seite 3

Bild: André Springer



# Mit voller Energie

## für den Erfolg unserer Partei und unseres Landes

### Liebe Freisinnige

Heute dürfen wir zum ersten Mal in diesem Editorial das Wort an Sie richten. Die Wahl ins Co-Präsidium unserer Partei erfüllt uns mit Freude und Ehre – und mit Respekt angesichts der grossen Verantwortung. Dank unserem Vorgänger Thierry Burkart dürfen wir auf eine äusserst solide Grundlage bauen. Herzlichen Dank, lieber Thierry, für deinen riesigen Einsatz und dein Herzblut zum Wohle der FDP! Wir arbeiten mit voller Energie weiter für den Erfolg unserer Partei und vor allem unseres Landes. Konsequenterweise entlang der liberalen Grundsätze: Freiheit und Verantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt.

Es sind diese freiheitlichen Werte, die unser Land zu seinem unvergleichlich hohen Wohlstand verholfen haben. Dieser Wohlstand entstand durch Arbeit, nicht durch Umverteilung. Er entstand durch einen schlanken Staat, tiefe Steuern und wenig Bürokratie. Leider ist das Erfolgsmodell immer stärker bedroht. Von jenen, die Lohn ohne Leistung versprechen. Und von anderen, die Abschottung zelebrieren.

### Juso-Enteignungsinitiative: Jetzt gilt es ernst!

Nehmen wir das Beispiel Juso-Erbschaftsinitiative: Sie fordert eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent ab

einem Betrag von 50 Millionen. Ohne Ausnahmen. Ein Ja hierzu würde die erfolgreichsten Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Betriebe aus dem Land vertreiben. Der Bundesrat rechnet mit Steuerausfällen von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr. Die Folge wären Sparprogramme beim Service Public und neue Steuern. Und wer bezahlt die Zeche? Einmal mehr der hart arbeitende Mittelstand! Wir müssen uns mit aller Kraft gegen diesen linken Steuerhammer und Frontalangriff auf das nachhaltige Unternehmertum wehren!

### Service-Citoyen-Initiative

Auch die Service-Citoyen-Initiative, die Ende November zur Abstimmung gelangt, gilt es zu bekämpfen. Wir lehnen das an sich gut gemeinte Anliegen aus drei Gründen ab: Erstens hat die personelle Alimentierung der Armee und des Zivildienstes im Zentrum der Dienstpflicht zu stehen. Zweitens würde die Wirtschaft durch den Entzug unverhältnismässig vieler Arbeitskräfte übermässig belastet. Drittens würde die Freiwilligenarbeit entwertet und somit die Milizarbeit gefährdet. Dies dürfen wir – die wir uns konsequent für eigenverantwortliches Handeln starkmachen – nicht zulassen.

### FDP feiert die Demokratie

Die FDP predigt die liberalen Werte nicht nur, sie lebt sie auch. Jüngster Beweis: Nach einer intensiven und im höchsten Masse freisinnig-demokratischen Debatte hat unsere Delegiertenversammlung ihre Leitlinie zu den Bilateralen Verträgen mit der EU gezogen. Eine deutliche Mehrheit sprach sich für ein positives Signal zuhause der bundesrätlichen Vernehmlassung aus. Die Forderung nach einem obligatorischen Referendum wurde knapp verworfen. Zudem erhielt die FDP-Fraktion den Auftrag, sich bei der innerstaatlichen Umsetzung der Verträge mit aller Kraft gegen Angriffe auf den liberalen Arbeitsmarkt und gegen die Einwanderung in unsere Sozialsysteme einzusetzen. Damit ist die FDP die bisher einzige Partei, die sich in einem offenen Dialog zu den Verträgen geäussert hat. Eine definitive Parolenfassung ist das allerdings noch nicht. In der Vernehmlassungsantwort werden Argumente der Minderheiten sorgfältig berücksichtigt. So geht gelebte Demokratie!

Ihre Susanne und Ihr Benjamin,  
Co-Präsidium FDP.Die Liberalen Schweiz

# EU-Verträge und brisante Abstimmungen

## Editorial des Präsidenten

Die Delegierten der FDP Schweiz haben die Vernehmlassungsantwort zu den EU-Verträgen festgelegt. Der Ball liegt jetzt beim Bundesrat und dann beim Parlament. Am 30. November stehen folgenschwere Abstimmungen ins Haus: National verdient die Juso-Initiative eine deutliche Abfuhr. Kantonal stehen drei wichtige Entscheide an – zur Vorkaufsrechtsinitiative, zur Mobilitätsinitiative und zur Ausweitung der individuellen Prämienverbilligung.

Die FDP Schweiz hat an der Delegiertenversammlung vom 18. Oktober beschlossen, wie sich die FDP in der Vernehmlassung zu den EU-Verträgen einbringen soll. Bedauerlich ist das knappe Nein zum Ständemehr, das die Parteileitung vorgeschlagen hatte. Der Prozess geht nun weiter: Der Bundesrat wird jetzt die Botschaft erarbeiten, danach beraten National- und Ständemehr die EU-Verträge und die Frage des Ständemehrs. Die Diskussion geht weiter. Knackpunkte bleiben das Spannungsfeld der geplanten EU-Rechtsübernahme und unsere direkte Demokratie sowie die Zuwanderung.

### National am 30. November: Nein zur Juso-Initiative

Die Juso-Initiative wäre im Falle einer Annahme eine Katastrophe für die Schweiz. Ziel muss sein, dass sie nicht nur wuchtig, sondern sehr wuchtig abgelehnt wird. Die Initiative bestraft Leistung und Unternehmertum. Betroffen von der massiven Besteuerung wären insbesondere Unternehmerinnen und Unternehmer, deren Vermögen im Unternehmen gebunden ist. Für sie persönlich, aber auch für die Firmen, für tausende Arbeitsplätze und Lehrstellen wären die Folgen verheerend.

### Nein zur Vorkaufsrechtsinitiative am 30. November – Ja zum Gegenvorschlag

Das geforderte Vorkaufsrecht für den Staat greift die Eigentumsgarantie frontal an und würde zu einer materiellen Teilenteignung führen. Das Bei-

spiel Genf zeigt die Folgen: Der Wohnungsmarkt wird blockiert, die Preise schiessen noch mehr in den Himmel. Der Gegenvorschlag des Regierungsrats ist der vernünftige Weg: Er stärkt die gemeinnützigen Bauträger gezielt und hilft den Menschen, die es benötigen, ohne in Eigentumsrechte einzugreifen.

«Jetzt geht es darum, gemeinsam sicherzustellen, dass die Interessen der Schweiz gewahrt bleiben.»

### Ja zur Mobilitätsinitiative am 30. November

Tempo 50 auf den Hauptachsen, Tempo 30 in den Wohnquartieren. Diese klare Hierarchie hält den Verkehr auf den grossen Strassen im Fluss, verhindert Schleichverkehr in den Quartieren und stellt sicher, dass Blaulichtorganisationen schnell vorankommen. Regierungsrat und Kantonsrat empfehlen die Vorlage zur Annahme – aus gutem Grund. Zudem: Ein Ja zur Mobilitätsinitiative ist auch ein Nein



zu den Plänen der Linken, die flächendeckend Tempo 30 auch auf Hauptverkehrsachsen einführen wollen.

### Nein zur Ausweitung der Prämienverbilligung am 30. November

Die geplante Ausweitung der individuellen Prämienverbilligung ist falsch. Schon heute schüttet der Kanton jährlich über 1,3 Milliarden Franken an die individuelle Prämienverbilligung aus. Wir wehren uns dagegen, dass nun zusätzlich 50 Millionen Franken pro Jahr mit der Giesskanne verteilt werden sollen. Das schafft Fehl-anreize, ohne das Kostenproblem im Gesundheitswesen zu lösen.

### Unterschriften für die Personalbremse

Unsere kantonale Initiative für eine «Personalbremse» ist in der heissen Sammelphase. Jede Unterschrift zählt – und es ist für die Ortsparteien und für alle von uns eine gute Gelegenheit, um auf die Strasse zu gehen, mit den Leuten in Kontakt zu treten und uns sowie unsere Botschaft nach draussen zu tragen. Ich danke herzlich für eure Unterstützung.

### Herzliche Grüsse

Filippo Leutenegger  
Präsident FDP Kanton Zürich

### Parolen zu den kantonalen Abstimmungen am 30. November

|                                   |                                                                |                                                                 |                               |
|-----------------------------------|----------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------|-------------------------------|
| <div>✗ Nein</div> <div>✓ Ja</div> | 1. Ausbau der individuellen Prämienverbilligung                | 2.1. Digitale Integrität & 2.2. Gegenvorschlag des Kantonsrates | 3.1. Vorkaufsrechtsinitiative |
|                                   | 3.2. Vorkaufsrechtsinitiative: Gegenvorschlag des Kantonsrates | 4. Mobilitätsinitiative                                         |                               |

[www.fdp-zh.ch/aktuelles/parolen](http://www.fdp-zh.ch/aktuelles/parolen)

## AGENDA

30. Nov.: Eidg. und kant. Abstimmungen

4. Dez.: Jahresschlussessen

22. Dez.–2. Jan.: Betriebsferien (Geschäftsstelle)

20. Jan.: a. o. Delegiertenversammlung

### ABSTIMMUNG

# Vorkaufsrechtsinitiative – gut gemeint, aber schlecht gemacht

Als Gemeindepräsidentin sehe ich täglich, wie dringend wir bezahlbaren Wohnraum brauchen. Doch die Vorkaufsrechtsinitiative, über die der Kanton Zürich bald abstimmt, ist nicht der richtige Weg. Sie verspricht viel – liefert aber wenig und gefährdet zentrale Prinzipien liberaler Politik.

Die Initiative will Gemeinden das Recht geben, bei Grundstücksverkäufen ein Vorverkaufsrecht geltend zu machen und ein Grundstück zu den zwischen Verkäufer und Käufer vereinbarten Preis zu kaufen. Klingt nach einem klugen Hebel – ist aber ein tiefer Eingriff in die Eigentumsgarantie und die Wirtschaftsfreiheit. Private Investoren werden abgeschreckt, Verfahren verzögert, und die Rechtsunsicherheit steigt.

Noch gravierender: Das Vorkaufsrecht schafft keine einzige neue Wohnung. Es verschiebt Eigentum, ohne Baupflicht, ohne zeitliche Vorgaben. Gemeinden müssten innert 60 Tagen entscheiden, ob sie ein Grundstück kaufen wollen. Dafür bräuchte es politische Mehrheiten, Budgets, Personal und Know-how. Je nachdem müssten solche Entscheide noch vor das Volk oder es bedingt weitreichende Kompetenzen an den Gemeindevorstand.

Und es garantiert auch keine günstigen Mietzinse, denn auch eine Gemeinde müsste dann ja noch ein Gebäude bauen. Bei den heutigen Baupreisen ist auch eine reine Kostenmiete nicht günstig. Fraglich ist zudem, ob eine Gemeinde günstiger baut als

eine private Körperschaft. Günstige Wohnungen wären also auch dann nur mit zusätzlichen Subventionen möglich.

Auch der GPV Zürich – der Verband der Gemeindepräsidenten – lehnt die Initiative ab. Zu unklar, zu aufwendig, zu wenig zielführend. Statt strategischer Bodenpolitik droht ein Flickenteppich aus Einzelfällen, die mehr kosten als sie bringen.

Als Gemeindepräsidentin ist man nicht nur für die lokale Entwicklung verantwortlich, sondern auch für die finanzielle und rechtliche Stabilität der Gemeinde. Die Vorkaufsrechtsinitiative bringt hohe Risiken, unklare Wirkungen und grosse bürokratische Lasten – ohne echten Mehrwert für den Wohnungsbau.

Liberaler Wohnbaupolitik setzt auf Anreize, Kooperation und klare Rahmenbedingungen – nicht auf staatliche Eingriffe in den Bodenmarkt. Der Gegenvorschlag des Regierungsrats geht den richtigen Weg: Er stärkt bestehende Instrumente, fördert gezielt und respektiert die Gemeindeautonomie.

Wir brauchen Lösungen, die wirken – nicht Symbolpolitik, die blockiert. Deshalb sage ich klar Nein zur Vorkaufsrechtsinitiative.

Zur Kampagnenseite:



**Monika Keller**  
Kantonrätin und Gemeindepräsidentin  
Greifensee

### ABSTIMMUNG

# Startschuss für die Mobilitätsinitiative: Ein Komitee, viele starke Stimmen

Mit einem Kickoff ist das Komitee «JA zur Mobilität für alle» in die heiße Phase gestartet. Kampagnenleiter und Kantonrat Ueli Pfister (SVP) führte durch den Abend, an dem Regierungsrätin Carmen Walker Späh (FDP), sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Verbänden und Politik die Stossrichtung aufzeigten.

An dem Event traten auf: Roman Lehmann (Präsident TCS Sektion Zürich), RuthENZler (Präsidentin ACS Zürich), Stefan Schmid (Gemeindepräsident Niederglatt, Kantonrat SVP), Thomas Anwander (Kantonrat Die Mitte, Präsident Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur), Thomas Hess (Geschäftsleiter KGV), Beat Hirter (Präsident Kantonaler Feuerwehrverband Zürich), Lea Sonderegger (Präsidentin Jungfreisinnige Kanton Zürich) und Naemi Dimmeler (Präsidentin Junge SVP Kanton Zürich). Das Co-Präsidium vertraten Nationalrat Mauro Tuena (SVP), Kantonrat Marc Bourgeois (FDP, Präsident TCS Stadt Zürich) und Kantonrätin Tina Deplazes (Präsidentin Die Mitte).

Carmen Walker Späh ordnete die Vorlage aus Regierungssicht ein: Ein leistungsfähiges Strassennetz sei für Bevölkerung und Volkswirtschaft zentral; es

brauche einheitliche, nachvollziehbare Regeln und die Wahrung der Strassenhierarchie. Tieferes Tempo auf Hauptachsen habe Nebenwirkungen – vom langsameren ÖV bis zu mehr Ausweichverkehr in Quartieren.

Marc Bourgeois knüpfte daran an: Die Mobilitätsinitiative sichere Tempo 50 auf den Hauptachsen – mit Ausnahmen an heiklen Stellen – und verhindere flächendeckendes Tempo 30. Das nütze allen, die mobil sein müssen, und stärke insbesondere den ÖV, der bei Temporeduktionen sonst teurer und unpünktlicher werde.

Lea Sonderegger brachte die Perspektive der jungen Generation ein. Es brauche Planbarkeit statt eines Flickenteppichs. Klare Regeln auf Hauptachsen entlasten Quartiere, halten den ÖV attraktiv und vermeiden Stress im Alltag. Aus Sicht der Betriebe unterstrichen Thomas Hess (KGV) und weitere S-



Breite Unterstützung für die Mobilitätsinitiative: unter anderem von Regierungsrätin Carmen Walker Späh (Vierte von rechts), FDP-Kantonrat Marc Bourgeois (Dritter von rechts) und Lea Sonderegger, Präsidentin Jungfreisinnige Kanton Zürich (Siebte von rechts).

timmen die wirtschaftlichen Effekte: Fließender Verkehr ist Standortqualität – für Handwerk, Logistik und Kundendienst.

Den eindrücklichen Schlusspunkt setzte Beat Hirter, Präsident des kantonalen Feuerwehrverbands: Bei Brand oder Unfall zählt jede Minute. Tempo-Flickenteppiche und künstliche Reduktionen erschweren Ein- und Ausrücken. Die Mobilitätsinitiative halte die Hauptachsen frei – damit Hilfe rechtzeitig ankommt.

Durchkommen auf  
Hauptstrassen –  
Leben retten



am 30. November

**JA** zur  
Mobilität  
für alle

Regierungsrat und Kantonsrat sagen JA!

[ja-mobilitaet.ch](http://ja-mobilitaet.ch)



### ABSTIMMUNG/INTERVIEW

# «Gutverdiener profitieren – Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen gehen leer aus»

Am 30. November stimmt der Kanton Zürich über eine Erhöhung der kantonalen Beiträge an die individuelle Prämienvverbilligung (IPV) ab. Die FDP sagt klar Nein. Fraktionspräsident Claudio Zihlmann erklärt, warum die Vorlage unnötig ist, wie sie am Ziel vorbeischießt – und weshalb sie am Schluss gerade den wirklich Bedürftigen schadet.

**Herr Zihlmann, wer die Gesundheitskosten spürt, denkt spontan: Mehr Prämienvverbilligungen klingen doch gut. Warum lehnt die FDP das ab?**

Eine zielgerichtete IPV ist sinnvoll und entlastet Personen und Haushalte in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen. Die von einer Mitte-Links vorgesehene IPV-Erhöhung um 50 Millionen Franken pro Jahr kommt jedoch nicht bei den Personen an, die eine Subventionierung brauchen.

Dies ist ein systembedingter Fehler, den der Regierungsrat erkannt hat und verbessern wird. Ein Beispiel: In der Stadt Zürich hat mit dem aktuellen System selbst ein Ehepaar mit drei Kindern bis zu 157 440 Franken Jahreseinkommen Anspruch auf Prämienvverbilligungen. In früheren Jahren lag die Grenze sogar bei über 185 000 Franken. Das kann es nicht sein!

Werden die IPV-Mittel nun zusätzlich um 50 Millionen Franken pro Jahr erhöht, steigt die Einkommensgrenze weiter an. Die Folge: Gutverdiener profitieren – Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen gehen leer aus. Das gilt es, entschieden abzulehnen.

**Die Befürworter sagen, die Erhöhung entlaste den Mittelstand. Sie sprechen von «Geldverschwendung». Ist das nicht etwas polemisch?**

Polemisch ist es, Steuergelder in ein System zu pumpen, das nicht funktioniert und das dann den Falschen zugutekommt – und dann öffentlich zu sagen, man helfe den Personen, welche die Prämien nicht bezahlen können. Das ist Polemik. Und leider macht hier Die Mitte mit Rot-Grün mit.

**Schon heute gibt der Kanton über eine Milliarde für die IPV aus – ist das System nicht längst ausgereizt? Oder braucht es eher eine Reform als ein Nein?**

Die Summe von über 1,3 Milliarden Franken an Steuergeldern ist in der Tat gigantisch. Die skizzierten Probleme des aktuellen IPV-Systems – dass auch Personen IPV bekommen, die hohe Einkommen realisieren – ist bekannt. Auch der Regierungsrat, der notabene die Erhöhung der IPV ablehnt, kommt in der Antwort zum Postulat 422/2023 von unserem FDP-Kantonsrat Martin Huber zum selben Schluss.



Claudio Zihlmann ist Fraktionspräsident der FDP im Zürcher Kantonsrat und Präsident der FDP 7+8. Beruflich arbeitet er als Leiter Wirtschaftspolitik bei der Zürcher Handelskammer. Davor war er in der Konsumgüterindustrie bei Procter & Gamble sowie in der Finanzindustrie bei UBS tätig.

**In den letzten 15 Jahren hat die Stimmbevölkerung dreimal Nein gesagt zu einer Erhöhung der IPV. Warum glauben Sie, kommt das Thema trotzdem immer wieder?**

Es ist wie bei der Abstimmung zur Erbschaftssteuerinitiative: Die Linke kommt immer und immer wieder mit ihren Anliegen und hofft so auf einen «Ermüdungsbruch». Und ehrlich gesagt: Auch wir sollten öfters unsere Anliegen bringen, auch wenn wir damit scheitern könnten. Denn nur so gewinnen wir an Profil und die Bevölkerung weiss, für was wir eintreten.

**Ihre Gegner argumentieren, die FDP habe kein Herz für sozial Schwache. Was entgegnen Sie?**

Dieses Argument, die FDP habe kein Herz für sozial Schwache, nervt mich ehrlich gesagt. Vermutlich hat keine andere Partei so viele Mitglieder, die in Freiwilligenarbeit, aber auch monetär Vereine

unterstützen, die für sozial schwächere Menschen eintreten. Diese Vorlage jedoch schüttet Steuergelder an Personen aus, die dies gar nicht benötigen. Dies können und müssen wir ablehnen – auch wenn es unsere politischen Gegner nicht wahrhaben wollen.

**Was passiert, wenn die Vorlage trotzdem angenommen wird – und was, wenn sie abgelehnt wird?**

Infolge der Annahme des Gegenvorschlags zur Prämien-Entlastungs-Initiative müssen die kantonalen IPV-Systeme neu gedacht werden. Dieser Prozess, verbunden wohl auch mit Mehrausgaben, wurde vom Regierungsrat bereits angestoßen. Und genau deshalb sollten wir die vorliegende Forderung nach einer Erhöhung ablehnen – denn das System wird bis 2028 sowieso komplett neu strukturiert.

## PERSONALBREMSE-INITIATIVE

# Immer mehr Verwaltung – jetzt Personalbremse-Initiative unterschreiben!

Seit Jahren kennt die Verwaltung im Kanton Zürich nur eine Richtung: mehr, mehr und nochmals mehr! Sie wächst seit Jahren deutlich schneller als die Bevölkerung. Das muss aufhören. Deshalb haben wir im August die Personalbremse-Initiative lanciert. Seither sammeln wir fleissig Unterschriften. Falls Sie noch nicht unterschrieben haben, sind wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie den beiliegenden Bogen unterschreiben und einsenden. Danke für Ihre Unterstützung!

Unsere Forderung ist so klar wie einleuchtend: Die kantonale Verwaltung soll nur noch so stark wachsen dürfen wie die Bevölkerung. Heute ist das leider nicht der Fall: Zwischen 2019 und 2024 ist die Bevölkerung im Kanton Zürich um 5,1 Prozent gewachsen. Die Zahl der kantonalen Vollzeitstellen hingegen um satte 13,3 Prozent – also mehr als doppelt so stark. Laut Planung des Regierungsrates soll dies auch in den Jahren 2025 und 2026 so weitergehen.

Es kommt daher nicht von ungefähr, dass mittlerweile 41 000 Personen in der Kernverwaltung arbeiten, verteilt auf 29 000 Vollzeitstellen.

Hinzu kommt: Die Verwaltung kann ihre Angestellten überdurchschnittlich gut bezahlen – wohlgerne mit unseren Steuergeldern. Unsere KMU können mit dem Staat lohnmassig nicht mehr mithalten. Für sie wird es immer schwieriger, freie Stellen mit Fachkräften zu besetzen. Darunter leidet ihre Wettbewerbsfähigkeit. Damit muss endlich Schluss sein!

Wir haben die Wachstumszahlen der kantonalen Verwaltung genau angeschaut: Am stärksten ist der Bereich «Regierungsrat und Staatskanzlei» gewachsen. Es folgen die Direktion der Justiz, die Finanzdirektion und die Baudirektion. Die Sicherheitsdirektion hingegen ist teilweise sogar weniger

schnell gewachsen als die Bevölkerung. Darunter fällt auch die Kantonspolizei, also jene Behörde, die dafür sorgen soll, dass wir uns auf unseren Strassen sicher fühlen.

## Mit unserer Initiative lenken wir das Staatswachstum wieder in geordnete Bahnen

Sollte eine Direktion stärker wachsen müssen als die Bevölkerung, so bietet unsere Initiative die nötige Flexibilität: Der Regierungsrat kann sich diesfalls auf die Ausnahmebestimmung der Initiative berufen. Ausnahmen sind nur begründet und mit der Genehmigung des Kantonsrats möglich. Ziel der Initiative ist es also nicht, Wachstum generell zu verbieten oder gar Stellen abzubauen. Vielmehr wollen wir ein massvolles Wachstum im Einklang mit dem Bevölkerungswachstum.

Die Wirkung unserer Initiative ist offensichtlich: Hätte sie bereits zwischen 2019 und 2024 gegriffen, wären dem Kanton rund 2000 geschaffene Vollzeitstellen und Ausgaben im dreistelligen Millionenbereich erspart geblieben.

Jetzt gilt es ernst: Wir haben noch gut zwei Monate Zeit, um die benötigten 6000 Unterschriften zu erreichen. Deshalb braucht es den Einsatz von uns allen! Bitte sammeln Sie weitere Unterschriften für unsere Initiative und werben dafür in Ihrem

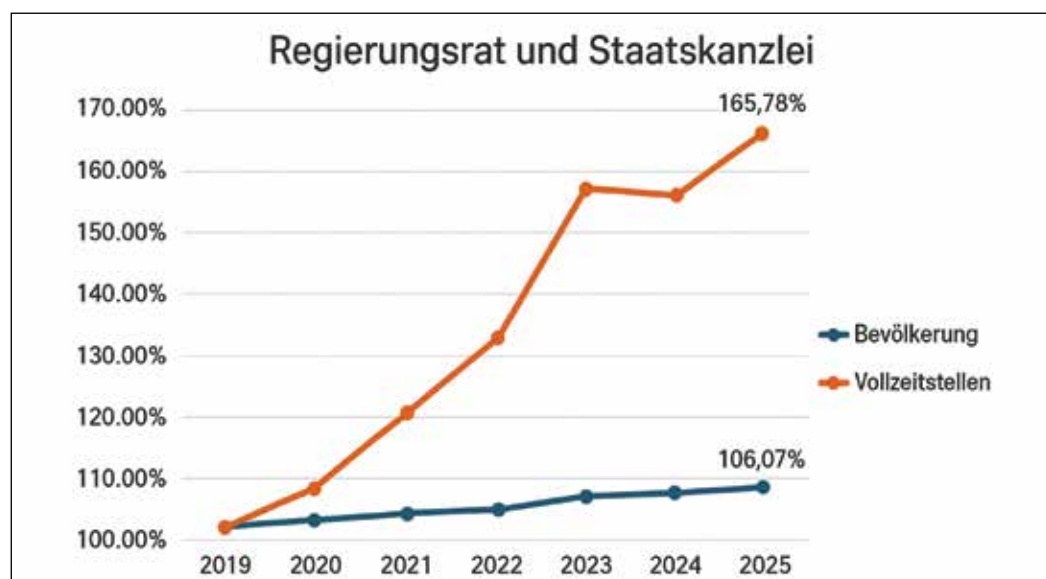
Umfeld. Falls Sie noch nicht unterschrieben haben, verwenden Sie bitte den beiliegenden Bogen und senden diesen noch heute ein – damit die Bevölkerung über unsere Personalbremse abstimmen kann. Gemeinsam schaffen wir das! Weitere Informationen zur Personalbremse-Initiative finden Sie via [www.personalbremse.ch](http://www.personalbremse.ch).

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Zur Kampagnenseite und  
zum Unterschriftenbogen:



**Matthias Müller**  
Vizepräsident FDP Kanton Zürich



Quelle: Personalstatistik Kanton Zürich



## Abschied vom geschätzten Parteikollegen und Alt-Regierungsrat Dr. Ernst Homberger

Mit tiefer Trauer nehmen wir Abschied von einem engagierten Staatsmann und geschätzten Parteikollegen

### Dr. Ernst Homberger

23. Juli 1937 – 3. Oktober 2025

Dr. Ernst Homberger prägte in den 1990er-Jahren als Mitglied des Regierungsrats und insbesondere als Regierungsratspräsident 1995/1996 die Politik des Kantons Zürich entscheidend mit. Nach seiner Wahl 1991 führte er zunächst die Polizei- und Militärdirektion, bevor er die Leitung der Volkswirtschaftsdirektion übernahm. In dieser Funktion setzte er sich mit Weitblick und Tatkraft für einen starken Wirtschafts- und Lebensraum Zürich ein – insbesondere durch die Förderung einer modernen Infrastruktur mit dem Flughafen Zürich, dem Ausbau der S-Bahn und der überregionalen Verkehrsverbindungen. Ernst Homberger war bekannt für seine sachliche Art, sein Pflichtbewusstsein und seine Bereitschaft, schwierige Themen offen anzupacken. Die FDP Kanton Zürich erinnert sich an ihn als zuverlässigen Partner, der Brücken bauen konnte und beim Dialog nicht zurückschreckte. Wir gedenken Ernst Homberger in grosser Dankbarkeit und sprechen seiner Familie und seinen Angehörigen unser tief empfundenes Beileid aus.

Für die FDP Kanton Zürich  
Filippo Leutenegger  
Präsident der FDP Kanton Zürich

## PRO UND KONTRA

# Zwei Meinungen zur SRG-Halbierungsinitiative

Die Halbierungsinitiative will die Radio- und TV-Gebühren von heute 335 auf 200 Franken senken, zudem sollen Unternehmen von der Gebühr befreit werden. Die Initiative verspricht Entlastung für Haushalte und Unternehmen. Kritiker warnen hingegen vor einem Abbau des Service Public und einer Schwächung der Medienvielfalt. Zwei Stimmen, zwei Perspektiven.

### PRO:

«Haushalte und Unternehmen entlasten»

Die SRG-Initiative ist ein notwendiger Schritt hin zu einem fairen und zeitgemässen Mediensystem. Heute bezahlen alle Haushalte gleich viel und unabhängig davon, ob sie SRG-Angebote nutzen oder nicht. Viele Menschen, insbesondere jüngere Generationen, konsumieren Medien längst über Streamingdienste, Social Media oder internationale Plattformen. Trotzdem müssen alle 335 Franken pro Jahr entrichten und bezahlen damit eine der höchsten Medienabgaben weltweit.

Unternehmen sollen ganz von der Medienabgabe befreit werden, weil sie als juristische Personen nicht in der Lage sind, Fernsehen zu schauen und Radio zu hören. Heute zahlen sie dennoch eine vom Umsatz abhängige Zwangsgebühr. Das führt zu einer ungerechten Doppelbelastung und einer faktischen Unternehmenssteuer. Die Initiative beseitigt diesen Missstand und entlastet insbesondere kleine und mittlere Betriebe.

Durch die Initiative soll sich die SRG wieder auf ihren Kernauftrag konzentrieren: Information und Bildung in allen Landessprachen. Der Service Public bleibt durch die Initiative gesichert, insbesondere weil der regionale Finanzausgleich nach Annahme weiterhin bestehen bleibt. Auch private Sender behalten ihre bisherigen Beiträge und stärken so die regionale Vielfalt. Dies ist für eine vielfältige Medienlandschaft und eine lebendige Demokratie entscheidend. 200 Franken sind genug, um das System an den modernen Medienkonsum anzupassen, Doppelspurigkeiten abzubauen und alle Haushalte in der Schweiz zu entlasten.

**Lea Sonderegger**  
Präsidentin Jungfreisinnige  
Kanton Zürich



### KONTRA:

«Unnötig und schädlich»

Die Halbierungsinitiative ist aus zwei Gründen abzulehnen. Erstens: Sie ist nicht mehr nötig, Bundesrat und SRG handeln bereits und nehmen berechtigte Kritik ernst. Zweitens: Die Initiative ist schädlich für unser Land.

Zum ersten Punkt: Der Bundesrat hat angekündigt, die Abgabe für Haushalte ab 2027 schrittweise auf 300 Franken zu senken. Und die Unternehmensabgabe wird nur noch für grössere Unternehmen erhoben, rund 80 Prozent werden keine Abgabe mehr leisten müssen. Die SRG hat erkannt, dass sie handeln muss, und sie hat ein rigoroses Sparprogramm angekündigt. Der viel kritisierte «administrative Wasserkopf» der SRG ist davon betroffen, aber auch beliebte Sendeformate. Viel wichtiger aber: Die SRG hat ein Kooperationsabkommen mit privaten Verlagen abgeschlossen und wird sich im Online-Bereich einschränken.

Zum zweiten Punkt: Die Initiative hätte mit der Halbierung des Budgets der SRG einen Kahlschlag des Service Public zur Folge. In der viersprachigen Schweiz ist es jedoch von grosser Bedeutung, dass es einen Anbieter gibt, der die Aufgabe hat, diese Vielfalt zu pflegen und damit den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken. Dies wäre in Frage gestellt. Zudem: Für das gute Funktionieren einer direkten Demokratie ist es entscheidend, dass sich Bürgerinnen und Bürger umfassend und ausgewogen informieren können. Private Streamingdienste und Social-Media-Plattformen haben diese Verpflichtung nicht. Im Umfeld von Fake News und Infotainment braucht es einen Anbieter, auf dessen Glaubwürdigkeit die Gesellschaft vertrauen kann. Dies ist nicht gratis zu haben.

**Regine Sauter**  
Nationalrätin



## DELEGIERTENVERSAMMLUNG

## Viermal Nein – knapp zur SRG-Initiative «200 Franken sind genug!»

An ihrer Delegiertenversammlung vom 21. Oktober in Zürich hat die FDP Kanton Zürich vier nationale und kantonale Vorlagen beraten und jeweils die Nein-Parole beschlossen. Die Diskussionen waren engagiert, aber sachlich geführt – mit einem besonders knappen Entscheid zur SRG-Initiative «200 Franken sind genug!».

Die Initiative «200 Franken sind genug!» verlangt eine Halbierung der heutigen Serafe-Gebühr auf 200 Franken pro Jahr und die vollständige Befreiung der Unternehmen von der Abgabe. Nach intensiver Debatte stimmten die Delegierten mit 62 zu 55 Stimmen knapp für die Nein-Parole.

Die FDP teilt zwar die Einschätzung, dass die SRG effizienter werden und ihre Strukturen schlanker gestalten muss. Eine so starke Kürzung würde jedoch die Qualität der Medienversorgung in den Sprachregionen gefährden. Für die Initiative sprach sich Nationalrätin Regine Sauter aus. Für ein Nein plädierte Mikhail Shalae, Vizepräsident Jungfreisinnige Stadt und Kanton Zürich.

### Einstimmiges Nein zur Juso-Erbschaftssteuer

Diskussionslos lehnten die Delegierten die Juso-

Erbschaftssteuer-Initiative ab. Sie sieht eine Steuer von 50 Prozent auf Erbschaften und Schenkungen ab 50 Millionen Franken vor. Für die FDP wäre eine solche Abgabe ein schwerer Eingriff in Eigentumsrechte und eine Gefahr für Familienunternehmen, Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort Schweiz, wie Nationalrat Beat Walz ausführte.

### Service-Citoyen-Initiative verfehlt das Ziel

Auch die Service-Citoyen-Initiative fand keine Unterstützung. Sie will alle Schweizerinnen und Schweizer zu einem verpflichtenden Bürgerdienst zugunsten der Allgemeinheit heranziehen – sei es im Militär, im Zivildienst oder in einer gleichwertigen zivilen Aufgabe. Die FDP anerkennt den Wert des Milizsystems, hält eine allgemeine Dienstpflicht aber für den falschen Weg, wie Kan-

tonsrat Dieter Kläy darlegte. Sie würde hohe Zusatzkosten von rund 1,6 Milliarden Franken pro Jahr verursachen und der Wirtschaft Fachkräfte entziehen.

### Nein zur Initiative für digitale Integrität

Schliesslich lehnten die Delegierten auf Empfehlung von Kantonsrätin Isabel Garcia auch die kantonale Initiative «Für die Wahrung der digitalen Integrität» ab. Diese fordert neue Grundrechte im digitalen Raum, etwa ein «Recht auf Vergessenwerden». Nach Ansicht der FDP ist das Anliegen in der vorgeschlagenen Form jedoch nicht umsetzbar. Zudem würde die Umsetzung zu hohen Kosten und administrativem Mehraufwand führen.

## STEUERRABATT-INITIATIVE

## Die Jungfreisinnigen überzeugen im ganzen Kanton

«Grüezi! Wir sammeln Unterschriften für unsere Steuerrabatt-Initiative. Unerwartete Überschüsse sollen nicht beim Kanton bleiben, sondern an die Bevölkerung zurückgehen. Möchten Sie unterschreiben?» Mehr Zeit gibt es am Bellevue oft nicht. Trams kommen und gehen im Minutentakt. Ein Satz muss reichen, Bogen ausfüllen, nächste Person ansprechen.

Doch hierhin war es ein langer Weg. Vor fast zwei Jahren haben wir im Jungfreisinn beschlossen, im Kanton konkret etwas zu bewegen. Nach einem gemeinsamen Workshop wurden mehrere Arbeitsgruppen gebildet, jede zuständig für eine bestimmte Initiatividee. Wir haben verglichen, diskutiert, Experten beigezogen und einiges auch wieder verworfen. Geblieben ist der Vorschlag: Wenn der Kanton am Jahresende einen unerwarteten Überschuss hat und es die kantonale Verschuldung erlaubt, soll dieser an die Steuerzahlenden zurückfliessen. Die Geburtsstunde der Steuerrabatt-Initiative.

Es wurde konkret. Der Initiativtext wurde präzisiert und juristisch geprüft. Für eine saubere Abwicklung gründeten wir einen eigenen Verein mit Vorstand, den Elias Pernet und ich seither zusammen im Co-Präsidium führen. Fast alles entstand in Eigenleistung: Der Informatiker im Vorstand baute die Website (dort finden Sie übrigens noch ausführlichere Argumente zur Initiative), den Unterschriftenbogen gestaltete die Grafikerin aus

dem Kollegenkreis unserer Vizepräsidentin, die Medienmitteilungen entstehen aus der Feder unserer Kommunikationsverantwortlichen. Nach der Organisation einer gebührenden Sammelstart-Feier konnte die Sammelphase beginnen.

Zurzeit trifft man fleissige Jungfreisinnige überall an: auf Strassen, in Quartieren, an Wochenmärkten oder Messen. Immer mit Stift und Klemmbrett. In dieser Ausgabe des «Zürcher Freisinns» liegt erneut ein Bogen bei. Ihre Unterstützung für unser tatkräftiges ehrenamtliches Engagement würde uns eine grosse Freude bereiten. Wer bereits unterschrieben hat, kann sein Umfeld ebenfalls gerne von der Initiative überzeugen.

Der Lohn für die harte Arbeit folgt bald. Der offizielle Sammelschluss ist am 11. Januar. Anschließend gelangt unser Anliegen an den Regierungs- und Kantonsrat. Für eine Abstimmung wären wir bereit. Die Sammelphase hat uns gelehrt, wie man die Bevölkerung von einem Anliegen überzeugt. Sowohl am Bellevue als auch im restlichen Kanton.

### Zur Kampagnenseite und zum Unterschriftenbogen:



**Benjamin Frei**  
Vizepräsident Jungfreisinnige Kanton Zürich

## AUS DEN ORTSPARTEIEN

# Freisinnige Erfolgsgeschichten im Kanton Zürich

In jeder Ausgabe werden Erfolgsgeschichten und Neuigkeiten aus den Ortsparteien präsentiert.

Habt ihr in eurer Ortspartei eine Erfolgsgeschichte, die ihr gerne teilen möchtet? Meldet euch gerne unter [info@fdp-zh.ch](mailto:info@fdp-zh.ch).



**FDP Kreis 7+8**

**Kultur im Quartier**

Die FDP Kreis 7+8 lud am 3. November zu einem exklusiven Kinoerlebnis im Arthouse Piccadilly ein. Gezeigt wurde der neue Schweizer Film «Stiller», basierend auf dem Roman von Max Frisch. Im Anschluss diskutierten Filmproduzentin Anne Walser und Christian Jungen, Eigentümer und Direktor des Zurich Film Festivals, engagiert über Stiller, cineastisches Schaffen und Kulturförderung in der Schweiz. Ein spannender Abend für alle, die sich für Kino, Kultur und liberale Begegnungen im Quartier interessieren. Die FDP kann auch Kultur!



**FDP Hittnau**

**Durchsetzungsstark  
an der Gemeindeversammlung**

An der Gemeindeversammlung vom 22. September 2025 hat FDP Hittnau zu den vier Vorlagen jeweils eine Meinung abgegeben. Drei Vorschläge wurden von der Gemeindeversammlung angenommen: 1. Gegen eine eigene Gemeindepolizei (Einsparungen von 666 000 Franken über 3 Jahre). 2. Für eine Änderung der Mehrwertabgabe auf 0 Prozent, weil sie nichts bewirkt: Sie reduziert lediglich die Grundstückgewinnsteuer und erhöht gleichzeitig den administrativen Aufwand. 3. Für einen Planungskredit für die Renovationen von geschützten Krediten. Die guten Argumente der FDP haben die Bevölkerung überzeugt.



**FDP Bezirk Andelfingen**

**«Mitmachen in einer  
Behörde – ein Gewinn!»**

Am Samstagmorgen, 27. September 2025, traf sich eine kleine Schar im Saal des alten Gemeindehauses von Kleinandelfingen. Der Austausch sollte aufzeigen, was einen erwartet, und zugleich verdeutlichen, welchen persönlichen Gewinn beziehungsweise welche Bereicherung ein Engagement in einer Behörde mit sich bringen kann. FDP-Bezirkspräsident Sébastien Pahud lobte in seinem Schlusswort das funktionierende Milizsystem der Schweiz. Es brauche Engagement. Der Gewinn: Auf Stufe Gemeindeebene könne man etwas bewegen.



**FDP Hinwil**

**FDP bi dä Lüt**

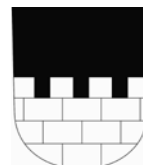
Im September war die FDP Hinwil sowohl am Neuzuzugertag als auch an der Dorfchilbi Hinwil präsent. Zahlreiche interessante Gespräche und der direkte Austausch mit der Bevölkerung prägten diese Anlässe. Dabei konnten wir neue Mitglieder für unsere Ortspartei gewinnen. Der Erfolg zeigt deutlich: Sichtbarkeit und Nähe zur Bevölkerung sind entscheidende Faktoren, um dem aktuellen Mitgliederrückgang der Ortsparteien entgegenzuwirken. Nur wer zuhört, präsent ist und aktiv den Dialog sucht, kann Vertrauen aufbauen und Menschen für liberale Politik begeistern.



**FDP Uetikon am See**

**Erfolgreicher Auftritt  
der FDP Uetikon  
am Herbstmarkt**

Am 4. Oktober 2025 war die FDP Uetikon am Herbstmarkt mit einem Stand vertreten. Alle Kandidierenden für die Behördenwahlen informierten über das Parteiprogramm und sammelten Unterschriften für die kantonale Personalbremse-Initiative. Mit klaren Fakten zur Personalentwicklung stiessen sie auf breite Zustimmung. In kurzer Zeit konnten 64 Unterschriften gesammelt werden – ein starkes Signal für eine schlankere und effizientere Verwaltung.



**FDP Maur**

**Der Start ins  
kommende Wahljahr gelingt**

In Maur fanden am 28. September 2025 Ersatzwahlen statt. Für die RPK wurde Franziska Kristensen im 2. Wahlgang gewählt. Für die Schulpflege erreichte Marco Stolba im 1. Wahlgang den 2. Platz und tritt am 30. November erneut für den 2. Wahlgang an. Die FDP Maur ist damit bestens für die Erneuerungswahlen im März 2026 aufgestellt: Sie ist bereits heute in Gemeinderat, Schulpflege, RPK und Sozialbehörde vertreten. Acht Bisherige und neu Marco Stolba engagieren sich, um unsere Sitze zu halten und Maur weiter voranzubringen.

## Exklusiv & Liberal: Werde jetzt Mitglied im Supporterclub

Der Supporterclub vereint engagierte Persönlichkeiten, die den Freisinn aktiv stärken und sich für eine erfolgreiche Zukunft der FDP einsetzen wollen. Mit deinem Beitrag ermöglichst du eine starke, liberale Politik im Kanton Zürich – unabhängig, zukunftsgerichtet und wirkungsvoll.

Als Mitglied profitierst du von einem exklusiven Netzwerk, Informationen aus erster Hand und einem attraktiven Jahresprogramm mit zwei besonderen Events.

Interessiert? Dann freuen wir uns auf deine Kontaktaufnahme via [info@fdp-zh.ch](mailto:info@fdp-zh.ch)

**Supporterclub FDP Kanton & Stadt Zürich**  
Freiheit fördern – Zukunft gestalten.

Weitere Informationen unter: [www.fdp-zh.ch/partei/service/supporterclub](http://www.fdp-zh.ch/partei/service/supporterclub)



## EINDRÜCKE VOM SESSIONSAPÉRO IN DER EMPA AKADEMIE DÜBENDORF (26. SEPTEMBER)



## EINDRÜCKE VON DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG AM GLOCKENHOF ZÜRICH (21. OKTOBER)



## KOLUMNE FDP FRAUEN KANTON ZÜRICH

## Systematisches Brustkrebsscreening

Systematisches Brustkrebsscreening ist ein Gebot der gesundheitspolitischen Vernunft. Als Kantonsrätin und Mitunterzeichnerin der Motion 280/2025 setze ich mich mit Überzeugung für die Einführung eines systematischen Brustkrebsscreenings im Kanton Zürich ein. Es ist nicht nur medizinisch sinnvoll – es ist gesundheitspolitisch überfällig.

Brustkrebs ist die häufigste Krebsart bei Frauen und betrifft jede achte Frau. Viele Länder und Kantone kennen seit über 10 Jahren systematische Brustkrebsscreenings. Kürzlich haben diverse Studien den Nutzen (auch bezüglich Kosten) solcher Programme ausgewertet – auch im interkantonalen Vergleich in der Schweiz. Es zeigt sich dabei, dass solche Screenings den Aufwand wert sind und Leben retten können.

Tumore werden früher erkannt, wodurch bis zu jeder vierte Todesfall verhindert werden kann. Entdeckte Tumore haben bessere Heilungschancen, benötigen weniger belastende Therapien und Brustrekonstruktionen. Dadurch folgen auch tiefere Kosten, weniger Krankheitsabsenzen und eine bessere Lebensqualität.

Ein oft genanntes Gegenargument sind falsch-positive Befunde. Doch diese sind differenziert zu betrachten: Sie treten vor allem beim ersten Screening auf und sinken bei Folgeuntersuchungen deutlich. Moderne Bildgebung und doppelte Befundung reduzieren sie weiter. Und: Eine schwedische Langzeitstudie zeigt, dass falsch-positive Befunde oft Frühwarnzeichen sind – nicht Fehlalarme, sondern Hinweise auf ein erhöhtes Risiko.

Kurz: Die Fakten sprechen klar für den Nutzen eines Screening-Programms. Es ermöglicht allen Frauen – unabhängig von Einkommen oder Gesundheitskompetenz – eine informierte Entscheidung. Es vermindert Leid, entlastet das Gesundheitssystem langfristig und stärkt die Eigenverantwortung. Der Kanton Zürich hat die Mittel, die Infrastruktur und die Verantwortung, jetzt zu handeln. Wir Freisinnige stehen für Fortschritt – auch in der Gesundheitspolitik.



**Monika Keller**  
Kantonsrätin  
und Gemeinde-  
präsidentin  
Greifensee

### INITIATIVE

# Schulen sind kein Ort für Ideologie – warum Zürich eine Neutralitätsinitiative braucht

In Zürcher Schulen nimmt die politische Schlagseite spürbar zu. Ob Klima, Gender oder Kolonialismus – es wird nicht mehr nur unterrichtet, sondern umerzogen. Die NZZ brachte es in einem der Artikel zum Thema auf den Punkt: «Eine Generation wächst heran, die lernen soll, politisch korrekt zu denken, statt kritisch zu hinterfragen».

In Zürich wird dieser Trend besonders eifrig umgesetzt, und es zeigt sich, wie schnell «gut gemeint» ideologisch wird.

Da gibt es Znünivorschriften, die nicht einmal Bananen erlauben, oder einen Genderleitfaden, der Lehrpersonen vorschreibt, konsequent «gendergerechte Sprache» zu verwenden und einzufordern und die gesamte Schulkultur nach «Genderaspekten» auszurichten. Viele Unterrichtsmaterialien haben eine ideologische Schlagseite.

Das Lehrmittel «Zürich und der Kolonialismus» vermittelt mehr Moral als Geschichte: Die Farbe Weiss wird darin als Synonym für «Unterdrücker» verwendet. Die Schülerinnen und Schüler sollen offenbar ein politisch motiviertes, konstruiertes Weltbild übernehmen.

Im Lehrmittel «Querblicke» werden Autofahrer zu Karikaturen: Der «Liebhaber-Typ» liebt den «grimmigen Sound» seines Motors, der «Anerkennungs-Typ» will zeigen, dass er es «zu etwas gebracht hat». Das ist keine Bildung, das ist ideologisch geprägte Indoktrinierung.

Hinzu kommen politische Signale, die Schulen zum Kampagnenraum machen: Frauenstreik-Plakate in Schulhäusern, Klimastreik-Aufrufe über offizielle Kanäle oder ein vom Zürcher Stadtparlament überwiesener Vorstoss der Grünen, der verlangt, dass die städtischen Klimaziele verpflichtend im Unterricht behandelt werden sollte.

Wenn politische Programme Teil des Lehrplans werden, ist die Grenze zur Neutralität längst überschritten.

Schule soll bilden, nicht bekehren. Deshalb arbeiten wir mit einer überparteilichen Allianz an Lösungen zur Neutralität im Bildungsbereich, die drei Dinge garantieren sollen:

1. Ein klares Verbot von partei- und aktivistischen Materialien im Schulbereich.
2. Eine Überprüfung von Lehrmitteln auf Aus-

gewogenheit und Transparenz der Quellen.

3. Die Wahrung der Meinungsfreiheit von Lehrpersonen und Eltern, ohne ideologischen Anpassungsdruck.

Kinder sollen lernen zu denken. Aber nicht, was sie zu denken haben. Nur eine politisch neutrale Schule sorgt für echte Vielfalt und Vertrauen in die Bildung.



**Yasmine Bourgeois**  
Gemeinderätin FDP Stadt Zürich

### AUS DEM NATIONALRAT

# Feuerwerksverbotsinitiative und weitere Verbote – wo bleibt die Eigenverantwortung?

Nationale Initiativen mit Verboten sind gerade aktuell. Wir werden über ein Import- und Handelsverbot mit Tierpelzen, ein Feuerwerksverbot, ein Importverbot von Stopfleber und einmal mehr über ein Tierversuchsverbot abstimmen. Alle diese Vorlagen werden vorab im National- und Ständerat besprochen, und als Mitglied der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur bin ich Teil jener Kommission, die die genannten Initiativen diskutiert.

Es ist völlig klar: Radikale Verbote sind nicht zielführend, sondern falsch. Wenn diese Verbote dann auch noch vom Bund direktiv an die Kantone und Gemeinden ergehen, wird überdies das basisdemokratische System der Schweiz ausgehebelt. Das ist doppelt schlecht. Dies lässt sich am Beispiel der Initiative zum Feuerwerksverbot gut aufzeigen. Bereits heute können einzelne Gemeinden autonom entscheiden, ob und wann sie ein Feuerwerksverbot aussprechen wollen. Das funktioniert gut. So kennen einige Gemeinden im Engadin bei-

spielsweise an Silvester ein Feuerwerksverbot, und entsprechend ruhig und dunkel ist es dort am Jahresende. Nun soll aber neu national ein Feuerwerksverbot für alle Gegenden der Schweiz «top-down» durch den Bund vorgeschrieben werden. Immerhin hat auch die nationalrätliche Kommission erkannt, dass ein radikales nationales Verbot zu weit geht. Man hat deshalb einen weniger radikalen Gegenvorschlag verabschiedet. Die Ausweispflicht soll auf besonders lärm erzeugende Feuerwerkskörper (Kategorien F3 und F4) ausgeweitet werden, und nur Feuerwerkskörper, die ausschliesslich zur Knallerzeugung bestimmt sind, sollen verboten werden. Die Vernehmlassung zu diesem Gegenentwurf läuft. Es wird sich zeigen, wie die Bevölkerung darauf reagiert.

Die Initiative zum Feuerwerksverbot und auch alle anderen radikalen Verbotsinitiativen verlangen an der Urne ein NEIN – das ist aus freisinnig-liberaler Sicht unbestritten. Auch wenn die Zeichen der Zeit möglicherweise eher auf Vorschriften und

Verbote stehen, sollten wir wieder vermehrt auf Eigenverantwortung setzen. Ein Blick auf die ganze Welt zeigt eindeutig, dass nicht Diktaturen, sondern Demokratien mit besonnener und freiheitlicher Eigenverantwortung ein glückliches, gesundes und wohlhabendes Leben ermöglichen.



**Bettina Balmer**  
Nationalrätin

## AUS DEM KANTONS RAT

## Nachtruhe-Initiative macht nicht einlösbare Versprechungen und schadet massiv

Die Nachtruhe-Initiative will die Betriebszeiten am Flughafen Zürich, die so restriktiv sind wie an keinem vergleichbaren europäischen Drehkreuz-Flughafen, um weitere 30 Minuten kürzen. Der Drehkreuzbetrieb und die gute Vernetzung des Standorts Zürich würden dadurch gefährdet. Der Regierungsrat sowie die FDP-Kantonsratsfraktion lehnen die Initiative entschieden ab.

### Drehkreuz als Pfeiler für Wettbewerbsfähigkeit und Internationalität

Die aktuellen Betriebszeiten ermöglichen Verbindungen zu rund 200 Destinationen weltweit. Geflogen werden darf heute gemäss dem vom Bund bewilligten Betriebsreglement von 6 bis 23.30 Uhr. In der Zeit von 23 bis 23.30 Uhr dürfen keine Flüge geplant werden – ein bewilligungsfreier Verspätungsabbau ist in dieser halben Stunde erlaubt. Dies bestätigte der Bundesrat im kürzlich revidierten Sachplan Infrastruktur Luftfahrt erneut. Mit einem strikten Flugverbot nach 23 Uhr, wie es die Nachtruhe-Initiative verlangt, würden mindestens 30 Prozent der Interkontinentalverbindungen wegfallen. Zudem müssten auch mit diesen Verbindungen verknüpfte Mittel- und Kurzstreckenflüge gestrichen werden.

### Nachtruhe-Initiative macht Versprechen, die sie nicht halten kann

Die Gesetzgebung über die Luftfahrt liegt klar und eindeutig in der Kompetenz des Bundes. Er hat die Nachtflugordnung abschliessend geregelt. Anpassungen im kantonalen Flughafengesetz ändern daran nichts. Es ist offensichtlich, dass die Initiative unerfüllbare Erwartungen weckt.

Das Schutzniveau der Bevölkerung ist schon heute hoch und die Güterabwägung zwischen Mobilitätsbedürfnis und Lärmschutz austariert. Der Flug-

hafen und die beteiligten Akteure haben mit Erfolg Massnahmen eingeleitet, um die Zahl der Starts und Landungen nach 23 Uhr zu reduzieren. Im laufenden Jahr gab es rund 25 Prozent weniger Flüge nach 23 Uhr als 2023 und über 20 Prozent weniger als 2024. Der grösste Hebel sind die vom Stimmvolk befürworteten Pistenverlängerungen. Eine weitere Verkürzung der Betriebszeiten würde das Gleichgewicht zwischen der berechtigten Rücksichtnahme auf Anwohnende und der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Flughafens gefährlich verschieben.



Quelle: Flughafen Zürich AG



**Sarah Fuchs**  
Kantonsrätin FDP Meilen

## AUS DEM KANTONS RAT

## Bauen erleichtern – ein bürokratischer Bremsklotz fällt

Wer in Zürich bauen will, kennt das Problem: endlose Verfahren, teure Gutachten, Unsicherheiten auf Schritt und Tritt. Doch ein bürokratisches Kuriosum übertrifft alles – die sogenannte negative Vorwirkung oder Voranwendung im Zürcher Planungs- und Baugesetz (PBG). Sie soll fallen.

Die negative Vorwirkung ist in § 234 des PBG umschrieben und besagt, dass strengere Bauvorschriften schon gelten, sobald eine Gemeinde eine Änderung der Bau- und Zonenordnung beantragt – also noch bevor sie beschlossen oder rechtskräftig ist. Das heisst: Bauherren müssen sich an Regeln halten, die es noch gar nicht gibt. Und sie müssen zwei Baugesetze gleichzeitig berücksichtigen, von denen jeweils die strengere Regelung zu übernehmen ist. Dabei widersprechen sich nicht selten Bestimmungen, so dass Bauprojekte kaum umzusetzen sind. Die Rechtsunsicherheit ist sehr gross. Oft muss gerichtlich geklärt werden, welche Bauvorschriften der negativen Voranwendung unterliegen.

Die negative Voranwendung erschwert und verzögert Bauprojekte massiv. Deshalb habe ich im Kantonsrat die parlamentarische Initiative zur Ab-

schaffung der negativen Vorwirkung lanciert (KR-Geschäftsnummer 331/2024). Sie wurde mit Hilfe von SVP, EVP und der Mitte erfolgreich unterstützt: Wie bei allen anderen Gesetzen sollen Änderungen am PBG erst angewendet werden müssen, wenn sie rechtskräftig sind. Bis dahin gilt das aktuelle Baugesetz. Formell geht es um eine Anpassung von des § 234 im PBG.

Die negative Vorwirkung wurde einst geschaffen, um zu verhindern, dass Bauherren vor einer Revision der Nutzungsplanung noch schnell ein Gesuch einreichen und von erleichternden Bedingungen der bestehenden Bauordnung profitieren. Warum dies nur beim Bauen ein Problem sein soll, ist nicht einsichtig.

Wir brauchen keine Misstrauenskultur gegenüber Bauwilligen, sondern Planungssicherheit und

schlanke Verfahren. Die FDP konnte ein weiteres, wichtiges Signal im Bürokratiedschungel des Bauens setzen: Bauen soll vereinfacht werden.



**Astrid Furrer**  
Kantonsrätin FDP Wädenswil

## Porträt Parteipräsidium

Bilder: Susanne Vincenz-Stauffacher



### Im Porträt

Susanne Vincenz-Stauffacher, Co-Präsidentin

Susanne Vincenz-Stauffacher studierte an der HSG Rechtswissenschaften und ist als selbstständige Rechtsanwältin tätig. Zusätzlich ist sie Ombudsfrau Alter und Behinderung der Kantone St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden und wurde im Jahr 2023 zur Verwaltungsratspräsidentin von Konzert und Theater St. Gallen gewählt. Seit ihrer Wahl in den Nationalrat 2019 liegt der Hauptfokus ihrer Politik auf einer wirtschafts- und sozial- und finanzverträglichen Energie- und Umweltpolitik mit Schwerpunkt Versorgungssicherheit.

Als ehemalige Kantonsrätin kennt Susanne Vincenz-Stauffacher die Schweiz nicht nur aus der Perspektive der Bundespolitik, sondern auch aus jener der Kantone, Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger, die tagtäglich Verantwortung übernehmen – sei es in der Wirtschaft, in der Gesellschaft oder im persönlichen Umfeld. Diese Bodenhaftung prägt ihren politischen Stil.

Als ehemalige Präsidentin der FDP Frauen Schweiz hat sie die Individualbesteuerung erfolgreich lanciert und vorangetrieben. Zudem ist sie Vorstandsmitglied des Wirtschaftsverbandes Swissecleantech, Stiftungsratspräsidentin von Sens eRecycling und seit 2023 Präsidentin von Hydrosuisse (Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband). Die Abtwilerin ist begeisterte Jasserin und verbringt ihre Freizeit am liebsten mit ihrer Familie und der Hündin Luna in der Natur.

**«Der Liberalismus ist aktueller denn je. Wir müssen ihn nicht neu erfinden, sondern selbstbewusst leben – mit Herz, mit Verstand und mit dem Mut, Verantwortung zu übernehmen.»**

Susanne steht für eine FDP, die sich nicht versteckt, sondern selbstbewusst auftritt – mit klaren liberalen Positionen und einem offenen Ohr für die Bevölkerung. Ihr Ziel ist es, den liberalen Kompass weiter zu schärfen und die Partei als vernunftorientierte, verlässliche Kraft in der Schweizer Politik zu positionieren. «Ein besonderes Anliegen ist mir der Dialog: zwischen Jung und Alt, Stadt und Land, Frauen und Männern, Wirtschaft und Gesellschaft. Weil der Liberalismus dann am stärksten ist, wenn er zuhört, versteht und verbindet.»

Mit ihrer Art, Politik zu leben – verbindlich im Ton, klar in der Sache, offen im Denken – steht sie für eine moderne, zukunftsgerichtete FDP. Eine Partei, die sich nicht in kurzfristigen Trends verliert, sondern langfristig für die Werte eintritt, die unser Land stark gemacht haben: Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Freiheit.

Bilder: Benjamin Mühlemann



### Im Porträt

Benjamin Mühlemann, Co-Präsident



Benjamin Mühlemann vertritt seinen Heimatkanton Glarus seit 2023 im Ständerat. Bis zu seiner Wahl ins Bundesparlament war er während zehn Jahren Regierungsrat (zeitweise Landammann bzw. Regierungspräsident) und leitete innerhalb der Glarner Exekutive zunächst das Departement Bildung und Kultur, anschliessend das Departement Finanzen und Gesundheit. Seine Ausbildung genoss er an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) mit einem Studium Journalismus und Organisationskommunikation.

Beruflich ist Benjamin Mühlemann bei der Kommunikationsagentur IRF Reputation in Zürich als Strategie- und Kommunikationsberater tätig. Daneben engagiert er sich als Präsident von Ospita, dem schweizerischen Verband eigenständiger medizinischer Leistungserbringer, sowie im Hochschulrat der Ostschweizer Fachhochschule Ost.

Benjamin Mühlemann wohnt mit seiner Familie in Mollis im Glarner Unterland. Hier musiziert er in der örtlichen Musikgesellschaft und ist Mitglied des Rotary-Clubs. Mit den Glarner Bergen ist er besonders verbunden. Sie sind sein Rückzugs- und Kraftort, und in der Freizeit nutzt er jede Gelegenheit fürs Skifahren oder eine Mountainbike-Tour.

Benjamin ist tief überzeugt, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft am besten entwickeln, wenn wir alle möglichst viel individuelle Freiheit geniessen und über ein Maximum an Handlungsspielräume verfügen. Er stammt aus einer Hand-

«Keine andere Partei bringt so breit und gut abgestützte Lösungen zustande wie die FDP. Keine andere Partei ist so sehr auf das Gemeinsame und auf den Fortschritt fokussiert wie die FDP. Das macht uns einzigartig.»

werkerfamilie, kennt deshalb die Herausforderungen der vielen tausend KMU unseres Landes bestens und verfolgt mit Nachdruck eine wirtschaftsliberale Politik. Zudem trägt er den Ruf eines äusserst hartnäckigen Finanzpolitikers: «Wohlstand haben wir nur dank florierender Wirtschaft und solider öffentlicher Finanzen. Wir müssen das Portemonnaie der Bevölkerung schonen und der Staat darf nicht auf Pump leben. Das wäre unfair gegenüber den künftigen Generationen.»

Die FDP möchte er nachhaltig stärken, ihre Themen wirkungsvoll platzieren und so die liberalen Werte klar und verständlich ins Land hinaustragen. «Keine andere Partei bringt so breit und gut abgestützte Lösungen zustande wie die FDP. Keine andere Partei ist so sehr auf das Gemeinsame und auf den Fortschritt fokussiert wie die FDP. Das macht uns einzigartig. Tragen wir diese Botschaft gemeinsam hinaus und übernehmen wir zusammen Verantwortung für eine freiheitliche und fortschrittliche Schweiz.»

# Das FDP-Präsidialjahr in Bildern

Unsere bewegenden Momente

## Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter

Bild 1–4: Béatrice Devènes – Bundeskanzlei, Bild 5: Loey Felipe – United Nations Photo, Bild 6: Vatican Media



Freudige Überraschung nach meiner Wahl zur Bundespräsidentin: Im Bernerhof empfing mich mein Patenhund Zeus zusammen mit einem «Geschpännli» aus der Zucht der Fondation Barry. Diese Stiftung pflegt das Erbe des legendären Rettungshundes Barry vom Grossen-Sankt-Bernhard-Pass.



Ende Januar habe ich zusammen mit zwei Brüdern, die den Holocaust überlebt haben, den Gedenkanlass zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 80 Jahren besucht. Diese Reise war mir sehr wichtig, denn was dort passiert ist, dürfen wir nie vergessen.



Zusammen mit Vjosa Osmani Sadriu, der Präsidentin von Kosovo, durfte ich auf dem Bundesplatz vielen glücklichen Menschen begegnen, die für diesen Staatsbesuch nach Bern gekommen waren. Beide würdigten wir die Bedeutung der grossen kosovarischen Diaspora in der Schweiz.



Anlässlich der traditionellen «Schulreise» des Bundesrats führte ich das Kollegium in meinen Heimatkanton St. Gallen und dort u. a. in den Kinderzoo in Rapperswil-Jona. Ein Besuch bei den Elefanten durfte natürlich nicht fehlen.



In meiner Rede an der UNO-Generalversammlung erinnerte ich daran, dass jede starke internationale Organisation starke Mitglieder braucht – Staaten, die in der Lage sind, für ihre Bürgerinnen und Bürger einen sicheren Raum zu schaffen, in dem sie sich frei entfalten und vor allem auch frei ausdrücken können.



Nach dem Tod von Papst Franziskus hatte ich schon zweimal die Gelegenheit, seinen Nachfolger Leo XIV. zu treffen: kurz bei seiner Amtseinführung und zu einem längeren Gespräch Anfang Oktober. Wir haben uns insbesondere über die Bedeutung von Werten in der heutigen Gesellschaft ausgetauscht.

## Nationalratspräsidentin Maja Riniker

Bilder: Maja Riniker



Meine mir wichtigste persönliche Zielvorgabe habe ich erreicht: faire, gute und (fast) fehlerfreie Leitung des Rates.



Zu den Höhepunkten in meinem Präsidialjahr gehören die zahlreichen Traditionsanlässe, die ich besuchen durfte, quer durch das ganze Land.



An der Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten von Ende Juli in Genf durfte ich die Kernanliegen der Woman Speaker Conference vorstellen.



Am 21. Juni überbrachte ich Blatten die Solidarität der Bundesversammlung – die Zerstörung und Schicksale vor Ort haben mich tief berührt.



Als ich am 18. Juni vergessen hatte, eine Abstimmung durchzuführen, habe ich meinen Kolleginnen und Kollegen 63 Glacen spendiert. Alle haben gelacht, geklatscht und sich über die Abkühlung an diesem heissen Sommertag gefreut.



Das Kondolenzbuch für Fredi Heer war meine Idee und wurde rege genutzt. Beim Abschied im Rat war die Trauer spürbar, es war still... und irgendwann musste ich sagen, dass das Parlament wieder zur Arbeit übergehen muss. Eine solche Situation kann man nicht im Voraus lernen.

## Ständeratspräsident Andrea Caroni

Bilder: Andrea Caroni



Es gab bislang 16 Ausserrhoder (Alt-)Ständeräte. Das Bild zeigt die drei noch lebenden. Nur zwei davon wurden Ständeratspräsident, der dritte zum Trost immerhin Bundesrat. Übrigens: Lustigerweise habe ich für beide anderen (Merz und Altherr) einmal gearbeitet.



Zu meiner Wahl rappte Bligg zusammen mit der Streichmusik Alder. Zum ersten Mal ertönte damit meine Lieblingsmusik, der Hip-Hop, im Saal. Wegen unflätiger Textpassagen konnten sie allerdings den Hit «10 chliini Appezeller» nicht aufführen.



Zum ersten Mal seit rund 90 Jahren besetzt die FDP wieder alle vier eidgenössischen Präsidien. Das feierten wir in einem konspirativen Treffen im äusseren Stand, wo 1848 die Bundesverfassung geschrieben wurde.



Auch als Captain des TC-Bundeshaus konnte ich sportlich mit Shaqiri nicht mithalten.



An der Weltausstellung in Osaka erlebten wir viel Eindrückliches. Wir verschmachteten aber auch fast in der brütenden Hitze, obwohl wir nicht einmal ordentlich anstehen mussten.



Der Besuch beim Papst war sicher ein Höhepunkt des Jahres. Allerdings dauerte er nur zirka zwei Minuten, und das Foto musste man dann für 10 Franken kaufen...

Bilder: Damien Cottier, Fraktionspräsident und Nationalrat NE



Anfang November besuchte eine Delegation der Parlamentarischen Vereinigung Schweiz–USA die US-Bundesstaaten Washington D.C. und North Carolina. Mit dabei: vier Freisinnige rund um FDP-Fraktionschef Damien Cottier.

Aussenpolitik gilt in aller Regel als Sache von Botschaftern und Regierungen. Weniger bekannt ist, dass auch Mitglieder der Parlamente Netzwerke pflegen und damit einen wichtigen Beitrag für die Aussenbeziehungen ihrer jeweiligen Länder leisten. So geschehen bei der Reise der Parlamentarischen Vereinigung Schweiz–USA, die Anfang November eine Delegation nach Washington D.C. und North Carolina führte.

In Washington traf die Schweizer Delegation – darunter die FDP-Vertreter/-in Isabelle Moret (VD), Laurent Wehrli (VD) und Simon Michel (SO) – den Speaker des Repräsentantenhauses, diverse Mitglieder des Kongresses, Think Tanks und Vertreter der US-Wirtschaft.

Diskutiert wurden unter anderem sicherheitspolitische Themen und die transatlantischen Beziehungen. Der zweite Teil der Reise führte nach North Carolina, wo die Delegation diverse Unternehmen, Universitäten und Forschungszentren besuchte. Parlamentarische Reisen verfolgen selten ein unmittelbares politisches Ziel – doch sie leisten leise, aber nachhaltige Diplomatie. Sie ergänzen die Arbeit der Exekutive und öffnen Türen, wo formelle Kanäle an ihre Grenzen stossen. Auch die diesjährige USA-Reise hat gezeigt: Diplomatie beginnt dort, wo Menschen miteinander reden.

**Damien Cottier:**  
«Gerade in einer Zeit, in der sich die Welt neu sortiert, brauchen Demokratien enger zusammenhaltende Netzwerke. Parlamentarierinnen und Parlamentarier können dabei eine entscheidende Rolle spielen.»



### Schweiz–USA:

Die Parlamentarische Vereinigung Schweiz–USA wurde Anfang der 2000er-Jahre gegründet, um den Dialog zwischen den beiden Demokratien zu fördern. Heute steht sie unter der Leitung von FDP-Fraktionschef Damien Cottier. Der freisinnige Aussenpolitiker setzt konsequent auf Dialog statt Abschottung – auch im Verhältnis zu den USA, dem wichtigsten Exportmarkt der Schweiz nach der EU.

Grafiken: Fanny Dietschi

## Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025

### Die wichtigsten Entscheidungen und Statements

Die Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025 im Berner Wankdorf-Stadion wurde mit viel Spannung erwartet und verfolgt. Nach zahlreichen Reden und Wortmeldungen entschieden die Delegierten über vier Grundsatzfragen zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union und wählten erstmals in der Geschichte der FDP ein Co-Präsidium. Ein gelungenes Fest der Demokratie!

#### Der Parteivorstand der FDP Schweiz



Susanne Vincenz-Stauffacher  
Co-Parteipräsidentin



Benjamin Mühlemann  
Co-Parteipräsident



Andrea Caroni  
Vizepräsident



Andi Siderschmidt  
Vizepräsident



Cyril Aellen  
Vizepräsident

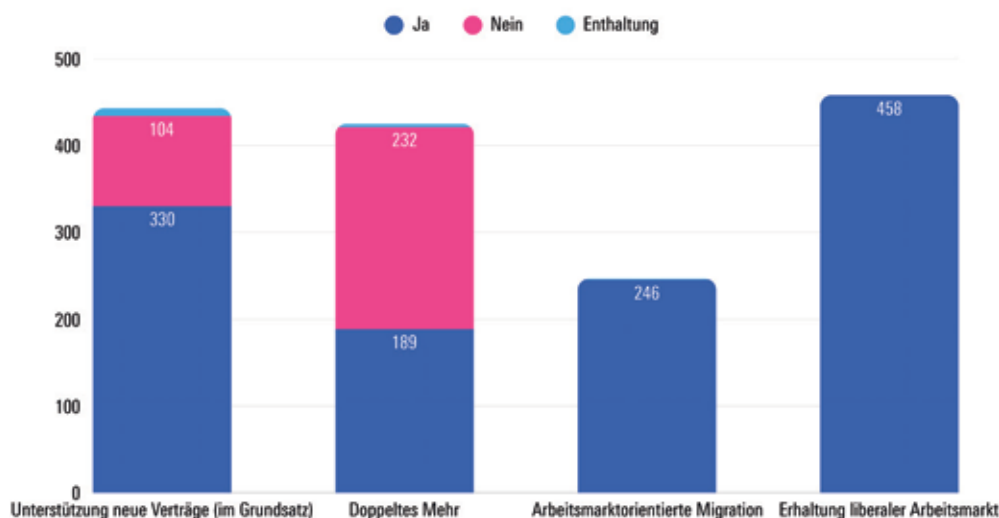


Florence Bettschart-Marbel  
Vizepräsidentin



Alex Farinelli  
Vizepräsident

#### Abstimmungsergebnisse neue bilaterale Verträge



#### Ein klares «Ja» zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union

Während es im Vorfeld zur Delegiertenversammlung intensive Diskussionen zwischen den Befürwortern und Gegnern der neuen Verträge mit der Europäischen Union (EU) gab, dominierten an der Versammlung spannende und respektvolle Panels und Wortmeldungen. Am Ende sprachen sich die Delegierten mit 330 zu 104 Stimmen und 9 Enthaltungen deutlich für die Fortführung des bilateralen Weges mit der EU aus. Zudem sollen die neuen Verträge wie in der Bundesverfassung vorgesehen nicht dem Volksmehr unterliegen. Dieser Entscheid bildet nun die Grundlage für die Vernehmlassungsantwort der Partei. Gleichzeitig entschieden die Delegierten deutlich, dass sich die FDP-Fraktion im Parlament aktiv für eine arbeitsmarktorientierte Migration, die Bekämpfung der Einwanderung in unsere Sozialsysteme und die Erhaltung des liberalen Schweizer Arbeitsmarktes einsetzen soll (siehe Grafik).

#### Wahl einer neuen Parteispitze

Während medial vor allem der Europaentscheid im Fokus stand, wurden an der Delegiertenversammlung weitere wichtige Entscheidungen getroffen. Zum ersten Mal in der Geschichte der FDP. Die Liberalen Schweiz wird die Partei neu von einer Doppelspitze unter der St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher und dem Glarner Ständerat Benjamin Mühlemann angeführt. Zudem wurde der Tessiner Nationalrat Alex Farinelli einstimmig zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Weiter ernannte das neue Co-Präsidium als erste Amtshandlung den Luzerner Ständerat Damian Müller zum Wahlkampfchef für die eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober 2027.

#### Was man nicht in den Medien lesen konnte

Eine Delegiertenversammlung wie jene vom 18. Oktober 2025 bedarf einer akribischen Planung und vieler helfender Hände. Bereits mehrere Monate im Voraus begann im Generalsekretariat der FDP Schweiz die Planung – und damit auch alle möglichen Eventualplanungen. Von der Eingangskontrolle über die Medienplätze und das Mittagessen bis hin zum reibungslosen Ablauf der Geschehnisse auf der Bühne: All dies wäre ohne den unermüdlichen Einsatz des Generalsekretariats und der freiwilligen Helferinnen und Helfer nicht möglich gewesen! Im Namen des Schweizer Freisinns: **Vielen herzlichen Dank!**



Fanny Dietschi, Verantwortliche «Freisinn»



PLR  
Les Libéraux-Radicaux

PLR  
Les Libéraux-Radicaux

FDP

Pour toutes celles  
et ceux qui  
se lèvent tôt

Das war die DV im  
Berner Wankdorf Stadion

coloro  
mattina  
sveglia

PLD  
Ils Liberals

Per tu  
che  
puntano

Rendons  
la Suisse forte

Wir machen  
Appenzell Innerrhoden  
stark!

Wir machen  
die Schweiz stark!

PLR  
Les Libéraux-Radicaux

PLR  
Les Libéraux-Radicaux



FDP

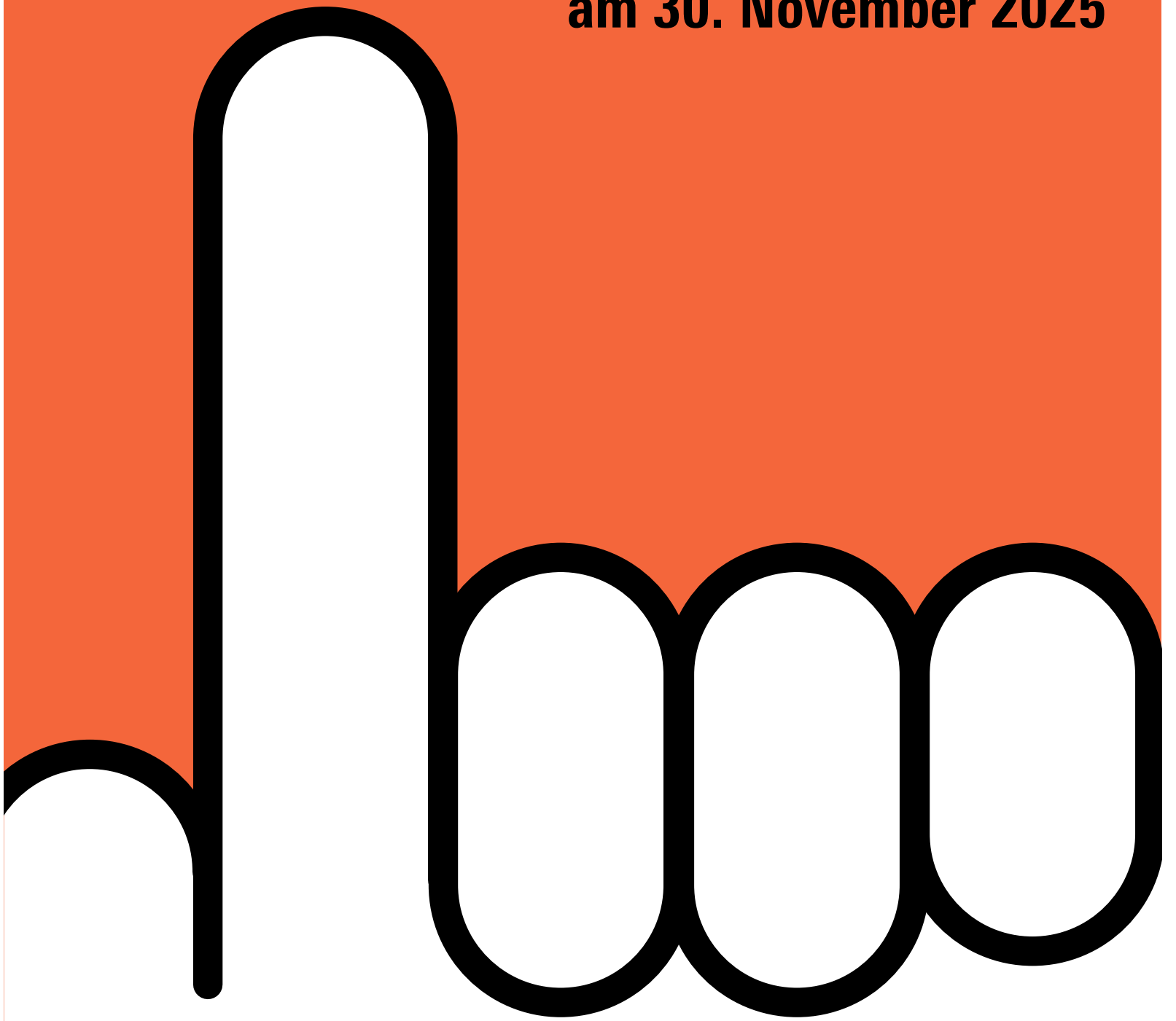
Pour toutes celles  
et ceux qui  
se l'inscrivent à 3€

## Das war die DV im Berner Wankdorf Stadion

PLD  
Ils Libéraux



**NEIN zu Service Citoyen**  
am 30. November 2025



**Ab heute:  
Bürgerdienst-Zwang**

---

# FDP-Sommeranlass mit Philipp Rösler

## FDP Oberwil, BL

Die FDP Oberwil und weitere Leimentaler FDP-Sektionen (Ettingen, Therwil, Binningen-Bottmingen) blicken zurück auf einen hochspannenden und unterhaltsamen Polit-Abend mit Gast Dr. Philipp Rösler, dem ehemaligen deutschen Vizekanzler und Gesundheits- und späteren Wirtschaftsminister, sowie ehemaligen Vorsitzenden der deutschen FDP. Der Anlass fand in der gut besuchten Traföhalle Bottmingen statt (einer zur

Kulturlokalität umgenutzten ehemaligen Trafostation). Rösler referierte eloquent über die aktuelle aussen- und wirtschaftspolitische Lage und insbesondere über die Zoll-Thematik. Weitere Themen wurden in der Fragerunde mit Marc Schinzel (Landrat aus Binningen) und mir diskutiert und auch das Publikum konnte anschliessend mit Philipp Rösler in den Dialog treten. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt.

Damit der kulturelle Aspekt nicht zu kurz kam, wurde der anschliessende Apéro mit stimmungsvoller Musik von Felix Lopez (Vizepräsident der FDP Oberwil und u. a. Singer-Songwriter) umrahmt.

Die FDP Oberwil dankt allen Beteiligten für die Unterstützung und den Gästen, speziell natürlich Special Guest Philipp Rösler, fürs Kommen. Insbesondere erfreulich war, dass

auch Mitglieder der FDP Basel-Stadt und unserer deutschen Schwesterpartei aus dem Landkreis Lörrach vorbeischauten. So entstand ein wertvoller grenzüberschreitender Austausch und daraus der Wunsch, diesen auch in Zukunft aufrechtzuerhalten.

**Sebastian Binggeli, Vorstandsmitglied FDP Oberwil, Eidg. Delegierter FDP und JF Schweiz**

# Liberaler Kraft in Kriens

## FDP Liberale Seniorinnen und Senioren Kriens

Ob im Alltag, in der Politik oder bei der Pflege der Natur, in Kriens leisten liberale Kräfte seit Jahren wertvolle Arbeit, die weit über Parteigrenzen hinaus Wirkung zeigt. Unter dem Motto «Tue Gutes und sprich darüber» darf mit Stolz festgehalten werden: Die FDP, die Liberalen Kriens, die liberalen Stiftungen, die liberale Baugenossenschaft sowie die FDP Liberalen Seniorinnen und Senioren tragen aktiv zu einem lebendigen, sozialen und nachhaltigen Kriens bei.

### Politisch aktiv – auch überparteilich

Die FDP Kriens und die FDP Liberalen Seniorinnen und Senioren engagieren sich nicht nur parteiintern, sondern auch überparteilich:

- Sie organisieren Wahlpodien für bevorstehende Wahlen und Abstimmungen, bei denen sachliche Information und respektvoller Austausch im Mittelpunkt stehen.
- Gemeinsam mit weiteren Kräften initiieren und begleiten sie Pro-

jekte, die allen Krienserinnen und Kriensern offenstehen, unabhängig von politischer Ausrichtung.

So trug etwa das von der FDP organisierte Podium zur Pilatus-Arena-Abstimmung **massgeblich dazu bei**, dass sich in Kriens eine **Mehrheit für das Projekt** aussprach. Ein Beispiel dafür, wie liberales Engagement konkrete Wirkung entfalten kann.

### Still, aber wirksam – das liberale Wirken in Kriens

Oft geschieht das Engagement im Stillen, mit wenig Aufsehen, doch die Wirkung ist gross: Wohnraum schaffen, Natur pflegen, Menschen verbinden, politisch mitgestalten, Jugend fördern. All das tun liberale Kräfte in Kriens mit Herz, Verstand und Verantwortung.

**Enrico Ercolani, Mitglied Liberale Seniorinnen und Senioren Kriens**

## Gastbeitrag für den «Schweizer Freisinn»

Bist du im Vorstand deiner Ortspartei und würdest du ebenfalls gerne einen Gastbeitrag für den «Schweizer Freisinn» schreiben?  
Wir freuen uns, von dir zu hören!

E-Mail an [dietschi@fdp.ch](mailto:dietschi@fdp.ch) (Fanny Dietschi, Redaktion «Freisinn») mit folgenden Details:

– Ortspartei und Funktion – Potenzielles Thema des Gastbeitrages

## Wusstest du schon?

Ausgewählte Artikel des «Schweizer Freisinn» kannst du neu auch in unserem Online-Magazin lesen!

<https://www.fdp.ch/aktuell/freisinn/digitales-freisinn-magazin>





**FDP**  
Die Liberalen

# Verrottete Ernten, vergammelte Felder

**NEIN zur Chaosinitiative!**

Durch die Chaosinitiative der SVP fallen die bilateralen Verträge und somit die Personenfreizügigkeit weg. Dadurch wird es für Bauern erheblich schwieriger, Erntehelfer und Hilfskräfte zu rekrutieren. Heute packen 20'000 bis 25'000 ausländische Saisonarbeiter mit an. Sie stechen Spargel, pflücken Erdbeeren oder ernten Trauben. Sie tragen sowohl zur Landschaftspflege als auch zu bezahlbaren Ladenpreisen und zur Versorgungssicherheit mit heimischen Nahrungsmitteln bei.

[chaosinitiative-nein.ch](https://chaosinitiative-nein.ch)



**Chaos**  
**verhindern!**